



bft - Ippendorfer Allee 1 d – 53127 Bonn

Frau Annalena Baerbock, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

11. Juni 2021

Ihre Ankündigungspläne zur CO2-Preis Erhöhung

Sehr geehrte Frau Baerbock,

mit Sorge haben wir Ihre Pläne, den CO2-Preis bis 2023 mit 60 Euro statt 35 Euro pro Tonne fast zu verdoppeln, gelesen. Ohnehin steigt die CO2-Abgabe für eine Tonne Kohlendioxid bereits jetzt von den 25 Euro für das Jahr 2021 auf 30 Euro für 2022, auf 35 Euro für 2023, auf 45 Euro für 2024 und auf 55 Euro für 2025. Schon mit diesen Plänen ist ein kontinuierlicher Anstieg der Kraftstoffpreise vorprogrammiert.

60 Euro pro Tonne bis 2023 bedeuten einen Anstieg von rund 16 Cent pro Liter. Jeder kann sich jetzt selbst ausrechnen, wo der Benzin- oder Dieselpreis ab 2023 dann stehen wird. Jeder kann sich dann auch ausrechnen, inwieweit diese Pläne die Budgets von Familien und Pendlern, die auf das Auto angewiesen sind, belasten. Wir haben gelesen, dass Sie soziale Schief lagen ausgleichen wollen. Mit diesen Ideen werden Sie sich dem politischen Wettbewerb stellen.

Wir wollen keine Spielverderber sein. Auf einen Aspekt müssen wir allerdings deutlich hinweisen: Tanktourismus – die Steuerflucht des Autofahrers!

Links und rechts, oben und unten ist Deutschland von Nachbarländern umgeben, die eigene Energiesteuersätze haben. Die auch eigene Einnahmen gerieren müssen, um eigene soziale Schief lagen auszugleichen oder schlichtweg den staatlichen Haushalt finanzieren zu können. Und die freuen sich über den künftigen Zustrom von deutschen Tanktouristen. Acht von neun Nachbarländern werden dann deutlich niedrigere Benzin- und Dieselpreise haben. Lediglich die Niederländer werden beim Benzin teuer sein.

Schon vor Jahren hatten wir angesichts der damaligen Ökosteuererrunden und der Erhöhung der Mehrwertsteuer massive Einnahmeverluste an nahezu allen deutschen Grenzen. Eine heute noch gültige Studie der „Forschungsstelle für fiskalische Effekte internationaler Steuersatzdifferenzen“ (FofES) aus Leipzig hat aufgezeigt, wie dramatisch sich Steuerunterschiede entlang der Grenzen auf die staatlichen Einnahmen auswirken.

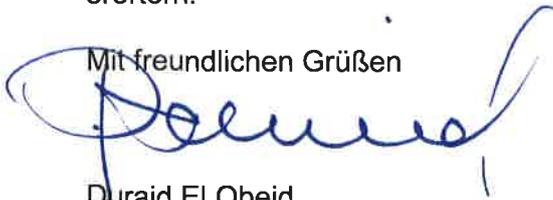
Für seine eigenen Einnahmen ist der Staat zuständig und die Politiker, die ihn führen. Radikale Lösungen kann man aber nur im europäischen Verbund durchführen. Nationale Alleingänge führen dazu, dass unzählige mittelständische Existenzen und Strukturen in einem Radius von

50 Kilometern entlang der deutschen Grenzen vollständig zerschlagen werden. Unabhängig davon, dass Lkw im Transitverkehr Deutschland als Tankpunkt nach Möglichkeit dann meiden, werden wir entlang der Grenzen Preisdifferenzen zum Nachbarland von mindestens 15 Cent/Liter bis teilweise 35 bis 40 Cent/Liter (Luxemburg!) haben.

Wir warnen daher eindringlich davor, solche massiven Erhöhungen der Benzinpreise ohne Absicherung im europäischen Verbund und der Schweiz durchzuführen. Der Pendler in Kassel oder Nürnberg muss sich diesen Plänen zähneknirschend fügen. Der Pendler in Aachen, Trier, Freiburg, Konstanz, Passau und schlussendlich auch in Berlin und überall dort, wo die Grenze bis zu 100 Kilometer entfernt ist, hat die Chance auf einen kostengünstigen Ersatz. Und profitiert womöglich gleich doppelt von der Möglichkeit sich auch noch steuerlich entlasten zu können.

Dies alles würden wir gerne in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen oder mit Ihren Experten erörtern.

Mit freundlichen Grüßen



Duraid El Obeid
(Präsident)